

1 Antragsteller: Junge Union Rendsburg-Eckernförde

2

3 Die CDU Rendsburg-Eckernförde fordert

- 4 • die Verpflichtung von Gemeinden zur Erstellung von Lärmaktionsplänen
5 abzuschaffen.

6

7 Begründung:

8 Zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie der EU (VO 2002/49/EG) sind
9 Gemeinden in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken
10 und Großflughäfen verpflichtet, Lärmaktionspläne zu erstellen,
11 § 47d Abs. 1 Nr. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz. Diese Planungspflicht
12 zwingt die Gemeinden zu einem umfassenden Planungsprozess: Es müssen
13 Lärmkarten erstellt, die Öffentlichkeit angehört und entsprechende Protokolle
14 gefertigt, eine langfristige Strategie zur Lärmminderung dargestellt und
15 verschiedene Methoden der Lärmminderung in Betracht gezogen werden. In
16 der Praxis ist ein solcher Planungsprozess weder im Ehrenamt noch von den
17 Mitarbeitern der Ämter zu leisten, sodass regelmäßig ein Ingenieurbüro für
18 mehrere tausend Euro engagiert wird.

19 Obwohl das Ansinnen unbestritten sinnvoll ist, leistet die Lärmaktionsplanung in
20 den Gemeinden zur Lärmminderung kaum einen sinnvollen Beitrag. Besteht für
21 eine Gemeinde eine unangemessene Lärmbelästigung, wird dies den
22 Gemeindevortern aus eigener Wahrnehmung bekannt sein. Die
23 Gemeindevorstellung wird in der Gemeinde mögliche und angemessene
24 Lärmvermeidungsmaßnahmen im Sinne der Bevölkerung treffen. Die
25 Aufstellung eines Lärmaktionsplans ist regelmäßig nur ein Papiertiger und damit
26 unnötige Bürokratie.